

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 14/12034

zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes und des Bayerischen Gesetzes zur Ausführung des Abwasserabgabengesetzes

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Paulig, Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Drs. 14/12072

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes und des Bayerischen Gesetzes zur Ausführung des Abwasserabgabengesetzes

(Drs. 14/12034)

Gewässerunterhaltung ökologisch gestalten

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Paulig, Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Drs. 14/12073

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes und des Bayerischen Gesetzes zur Ausführung des Abwasserabgabengesetzes

(Drs. 14/12034)

Trinkwasser ist Daseinsvorsorge

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Paulig, Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Drs. 14/12074

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes und des Bayerischen Gesetzes zur Ausführung des Abwasserabgabengesetzes

(Drs. 14/12034)

Unsere Gewässer brauchen natürliche Ufer

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Paulig, Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Drs. 14/12075

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes und des Bayerischen Gesetzes zur Ausführung des Abwasserabgabengesetzes

(Drs. 14/12034)

Überschwemmungsflächen zum Hochwasserschutz sichern

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass in § 1, Nr. 8 folgende Änderungen durchgeführt werden:

In Art. 36a wird folgende Änderung durchgeführt:

1. Es wird folgender Satz 1 vorangestellt:
„Die Wasserversorgung ist eine Leistung der Daseinsvorsorge.“
2. Der bisherige Satz wird Satz 2.

Berichterstatter zu 1: **Meißner**

Berichterstatter zu 2 bis 5: **Paulig**

Mitberichterstatter zu 1: **Gartzke**

Mitberichterstatter zu 2 bis 5: **Meißner**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf und die dazu eingegangenen Änderungsanträge wurden dem Ausschuss für Landesentwicklung und Umweltfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen und der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit haben den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge mitberaten. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf endberaten.

2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und die dazu eingegangenen Änderungsanträge in seiner 99. Sitzung am 05. Juni 2003 beraten. Hinsichtlich des Gesetzentwurfs hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
SPD: Enthaltung

B90 GRÜ: Ablehnung

mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 14/12072, 14/12073 und 14/12074 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Enthaltung

B90 GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 14/12075 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge in seiner 209. Sitzung am 26. Juni 2003 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfs hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
SPD: Enthaltung

B90 GRÜ: Ablehnung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 14/12072, 14/12073 und 14/12074 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Enthaltung

B90 GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 14/12075 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: 7 Zustimmung, 1 Enthaltung

B90 GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge in seiner 118. Sitzung am 02. Juli 2003 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfs hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Enthaltung

B90 GRÜ: Ablehnung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 14/12072, 14/12073 und 14/12074 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Enthaltung

B90 GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 14/12075 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

5. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge in seiner 92. Sitzung am 03. Juli 2003 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfs hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Enthaltung

B90 GRÜ: Ablehnung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt mit der Maßgabe, dass in § 4 Satz 1 als Datum des Inkrafttretens der „1. August 2003“ eingefügt wird.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 14/12072, 14/12073 und 14/12074 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Enthaltung

B90 GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 14/12075 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Kaul
Vorsitzender